Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Die sozioökonomische Lage in Lateinamerika nach der COVID-19-Krise — die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Erholung“

(Initiativstellungnahme)

(2023/C 100/09)

Berichterstatter: **Josep PUXEU ROCAMORA**

Beschluss des Plenums	20.1.2022
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
	Initiativstellungnahme
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Außenbeziehungen
Annahme in der Fachgruppe	16.11.2022
Verabschiedung im Plenum	15.12.2022
Plenartagung Nr.	574
Ergebnis der Abstimmung	
(Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	159/2/0

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

1.1. Die Anstrengungen sollten auf die Verbesserung des Dialogs und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen im Hinblick auf einen horizontalen Ansatz und einen Dialog auf mehreren Ebenen gerichtet werden.

1.2. Die Beziehungen zwischen beiden Regionen werden auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Ziele gestärkt. Sie müssen jedoch auch in puncto Ressourcen, Technologietransfer und Ergebnisse sowie unter sozialen Aspekten attraktiv sein.

1.3. Im geopolitischen Rahmen der EU und Lateinamerikas kann die Schaffung einer strategischen Autonomie die bioregionale Zusammenarbeit und das Engagement für den Multilateralismus sowie die internationale Präsenz und Relevanz in strategischen Fragen fördern.

1.4. Ein Hauptmerkmal der Vulnerabilität in Lateinamerika ist die geringe Qualität der Arbeitsplätze. Im Mittelpunkt des Konjunkturerholung müssen die Förderung der Schaffung von mehr formellen und angemessenen Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Berufsbildung und der sektorspezifischen Maßnahmen sowie die Förderung von Mindestlöhnen und Tarifverhandlungen im Rahmen des sozialen Dialogs stehen.

1.5. Europa und Lateinamerika sind der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet, was entsprechende Schutzmechanismen und Garantien voraussetzt, die gewährleisten, dass die Zivilgesellschaft in den Bereichen Entwicklung und Krisenmanagement eine maßgebliche Rolle spielt und dass der für einen neuen Sozialvertrag notwendige Dialog gefördert wird.

1.6. An dem Grundsatz, niemanden zurückzulassen, muss unbedingt festgehalten werden. Dazu ist es notwendig, die Schutzbedürftigkeit neu zu definieren und nicht nur unter dem Aspekt des Einkommens, sondern auch hinsichtlich der besonderen Auswirkungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen — u. a. Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen oder Kinder — zu betrachten. Frei und demokratisch organisierte Zivilgesellschaften sind das beste Mittel, um zu erreichen, dass diese Feststellung keine bloßen Worte bleibt, sondern in die Tat umgesetzt wird.

1.7. Die sozialen Spannungen in Lateinamerika und die Bedrohungen für die Demokratie in der ganzen Welt verdeutlichen, dass ein Entwicklungskonzept mit mehr Politik, Inklusion und Pluralismus erwogen werden sollte. Dabei gilt es die tieferliegenden Ursachen der Unzufriedenheit zu verstehen und so anzugehen, dass sie zu Faktoren für das soziale Wohlergehen werden. Europa und Lateinamerika können Partner in einer Allianz für Demokratie, Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Multilateralismus sein ([1]).

1.8. Europa und Lateinamerika sollten als Partner ein Bündnis für die Verteidigung der Demokratie und für gerechtere und egalitärere Volkswirtschaften und Gesellschaften schließen — ein Bündnis, das den Multilateralismus stärkt und dem Umweltschutz umfassend Rechnung trägt. Dieses Bündnis erfordert u. a. die uneingeschränkte Anerkennung und Beteiligung der betreffenden zivilgesellschaftlichen, Menschenrechts-, Gewerkschafts- und Unternehmens- und Umweltorganisationen.

2. **Allgemeine Bemerkungen**

2.1. In Lateinamerika hat sich nach dem Ende des auf Rohstoffen basierten Expansionszyklus eine allmähliche Konjunkturabschwächung vollzogen. Vor der COVID-19-Krise betrug das durchschnittliche Wachstum lediglich 0,3 %. Im Zeitraum 2014-2020 wurde das niedrigste Wirtschaftswachstum seit sieben Jahrzehnten verzeichnet, während die Staatsverschuldung ein Rekordniveau erreicht hat.

2.2. Die durch das Coronavirus ausgelöste Gesundheitskrise hatte in der Region gravierende Folgen, darunter eine im weltweiten Vergleich überdurchschnittlich hohe Zahl von Krankheits- und Todesfällen. Dies führte zu einer starken Belastung der Gesundheitssysteme, die bereits Schwierigkeiten bei der Bewältigung endemischer Krankheiten und sogar bei der Primärversorgung hatten ([2]). Die COVID-19-Krise hat insbesondere verdeutlicht, dass die in den letzten Jahrzehnten ergriffenen Maßnahmen (u. a. das Gesundheitswesen betreffende Haushaltskürzungen, Personaleinsparungen und geringere Infrastrukturinvestitionen) negative Folgen gezeitigt haben und zur Bewältigung der Herausforderungen infolge des Virus nachweislich unwirksam sind.

2.3. Angesichts der COVID-19-Krise versuchten die meisten Länder der Region vorbeugend zu handeln, indem sie die Mobilität einschränkten und Hilfen und Transferleistungen für vulnerable Bereiche organisierten. Darüber hinaus wurde eine beispiellose antizyklische Finanz- und Geldpolitik umgesetzt ([3]). Dennoch gab es hohe Todeszahlen, wirtschaftlichen Einbußen und Defizite bei der sozialen Inklusion, da strukturelle Schwächen vorlagen und der fiskalische Spielraum für Abhilfemaßnahmen begrenzt war.

2.4. Die durchschnittliche Inflation in der Region nimmt weiter zu: Im Jahr 2021 lag sie bei 9,8 % und dürfte im Jahr 2022 infolge des Krieges auf 11,2 % steigen ([4]). Dadurch verschärfen sich die entwicklungshemmenden Ungleichheiten.

2.5. **Lateinamerika ist mit sogenannten Entwicklungsfallen konfrontiert** ([5])

2.5.1. Aufgrund der Produktivitätsfalle sind diversifizierte Wirtschaftsstrukturen und höher entwickelte Produkte und Dienstleistungen erforderlich. Die Reprimarisierung gewährleistet keine angemessene Integration in die globalen Wertschöpfungsketten und schafft kaum Investitionsanreize. Darüber hinaus hat die Pandemie insbesondere KKMU getroffen, die mehr Schwierigkeiten bei der Einführung neuer Technologien haben, während der Krieg zur Schwächung des Agrarsektors beiträgt.

2.5.2. Zur Bewältigung der Falle der sozialen Vulnerabilität sollten die für Beschäftigung und Sozialschutz zuständigen Institutionen verbessert werden. Hier muss für mehr inklusive formelle Beschäftigung und höherwertige Arbeitsplätze gesorgt werden, um den Teufelskreis aus Schutzbedürftigkeit, unregelmäßigem Einkommen und geringem Sozialschutz zu durchbrechen.

([1]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Nachhaltige Lieferketten und menschenwürdige Arbeit im internationalen Handel“ (Sondierungsstellungnahme) (ABL. C 429 vom 11.12.2020, S. 197); Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Ein neuer Rahmen für Freihandels-, Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsabkommen zur Sicherung einer echten Beteiligung der Organisationen der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner und einer umfassenden Information der Öffentlichkeit“ (Initiativstellungnahme) (ABl. C 290 vom 29.7.2022, S. 11).

([2]) Unesco (2021): *Covid-19 and vaccination in Latin America and the Caribbean: challenges, needs and opportunities.*

([3]) OECD (2021): *Latin America Economic Outlook 2020*.

([4]) IWF-Daten.

([5]) OECD (2022): Latin America Economic Outlook 2021.

2.5.3. Zur Bewältigung der institutionellen Falle sind bessere Institutionen und Inklusionsmaßnahmen erforderlich: Ziel ist es hier, Vertrauen wiederherzustellen, die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern, auf die Erwartungen einer großen Mittelschicht zu reagieren und populistischen und autoritären Bestrebungen entschieden standzuhalten.

2.5.4. Die Falle der ökologischen Vulnerabilität beruht auf einer Ausrichtung der Produktion auf Branchen mit intensiverer Nutzung natürlicher Ressourcen und ist mit hohen Kosten für die Anpassung eines Modells verbunden, das durch hohe CO_2-Emissionen und die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen gekennzeichnet ist.

2.6. Die Strukturprobleme und Entwicklungsfallen ([6]) wirken sich negativ auf die Erholung von Wirtschaft und Beschäftigung aus. Das regionale BIP ging 2020 um 6,8 % zurück ([7]). 2021 betrug das durchschnittliche Wachstum 6,1 %; und 2022 wird für die Region ein Wachstum von nur 2,1 % erwartet, was nicht ausreichen dürfte, um die Verschärfung der strukturellen Probleme auszugleichen. Die Situation verschärft sich durch die Krise, die die russische Invasion in der Ukraine ausgelöst hat, und durch den Anstieg der Preise für fossile Brennstoffe, landwirtschaftliche Betriebsmittel und Lebensmittel, obwohl einige Länder mehr Primärgüter für den Export anbieten.

3. **Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie und des Krieges**

3.1. Im Jahr 2020 gingen 22 Mio. Arbeitsplätze verloren, von denen 4,5 Mio. noch nicht wiedergewonnen werden konnten, wobei insbesondere Geringqualifizierte, Frauen und junge Menschen sowie Beschäftigte im informellen Sektor betroffen waren. Die Erwerbsquote von Frauen ging von 51,4 % im Jahr 2019 auf 46,9 % im Jahr 2020 zurück. 2019 verloren etwa 11 Mio. bis 13 Mio. Frauen ihren Arbeitsplatz im häuslichen Sektor (20,9 %) ([8]).

3.2. Die Region hat bei der Armutsminderung mehr als ein Jahrzehnt verloren und könnte noch ein weiteres Jahrzehnt verlieren ([9]). Im Jahr 2021 erreichte die Armutsquote 32,1 % und die Quote der extremen Armut 13,8 %. 201 Mio. Menschen gelten als arm, wobei die Zahl derjenigen, die in extremer Armut leben, von 81 Mio. auf 86 Mio. gestiegen ist.

3.3. Die Gesundheitskrise und die Inflationskrise haben auch die Vulnerabilität der Personen mit mittlerem Einkommen verdeutlicht, die nur in geringem Maße in die Sozialschutzsysteme einzahlen und kaum für beitragsunabhängige Sozialleistungen in Frage kommen ([10]). Die informelle Wirtschaft ist zwar geschrumpft, bietet aber immer noch 140 Mio. Arbeitsplätze, insbesondere für Landarbeiter, Frauen und junge Menschen. Dieser Sektor geht mit einer größeren Prekarität und geringeren sozialen Mobilität einerseits und weniger Steuereinnahmen und Sozialleistungen des Staates andererseits einher.

3.4. Die Pandemie hatte große Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, da der Schutz, den der Schulbesuch mit Präsenzunterricht bietet, zum Teil wegfiel: 114 Mio. Kinder gingen nicht mehr zur Schule, in vielen Ländern sogar bis zu zwei Jahre lang. Die großen Unterschiede in Bezug auf den Internetanschluss, die digitalen Kompetenzen und die Fähigkeiten der Familien, die Zwangsumstellung auf Online-Unterricht zu bewältigen, hat zu einer Kluft zwischen Kindern aus Familien mit hohem Einkommen und solchen aus Familien mit niedrigem Einkommen geführt — einer Kluft, die zwei Bildungsjahren entspricht ([11]). Darüber hinaus nimmt die Belastung durch Betreuungsarbeit für Frauen zu. Menschen mit Behinderungen (ca. 85 Mio.) waren ebenfalls Leidtragende. Der Mangel an barrierefreien Informationen sowie die Diskriminierung bei der Gesundheitsversorgung haben ihre bereits geringe soziale Inklusion weiter verschlechtert, die jetzt auch durch die Inflation bedroht ist.

3.5. Angesichts des begrenzten, auf die nördliche Hemisphäre konzentrierten Angebots bekamen die Länder Lateinamerikas im Rahmen bilateraler Verhandlungen Zugang zu Impfstoffen. Sie erhielten 93 Mio. Dosen aus dem COVAX-Programm, die EU lieferte über 130 Mio. Dosen und die Mitgliedstaaten spendeten weitere 10 Mio. Dosen ([12]). Trotz dieser Schwierigkeiten konnten durchschnittlich 63,3 % der Bevölkerung in der Region zweifach geimpft werden. Die Impfquote liegt in einigen Ländern bei 89 %, in anderen jedoch nur bei 1 % ([13]).

([6]) Ebenda.
([7]) ECLAC (2021): *Economic Survey of Latin America and the Caribbean*.
([8]) IAO (2002): *Labour Overview*; ECLAC/CEPAL (2021): *Social Panorama of Latin America*.
([9]) ECLAC (2021), a.a.O.
([10]) Nieto Parra (2020): *Desarrollo en transición en América Latina en tiempos de la COVID-19*, Fundación Carolina.
([11]) Unesco (2021): *Responding to COVID-19: Education in Latin America and the Caribbean*.
([12]) 2. Dezember 2021: Sitzung der Führungsspitzen der EU, Lateinamerikas und der Karibik: „Mit vereinten Kräften für eine nachhaltige Erholung von der COVID-19-Krise“ — Pressemitteilung von Präsident Michel und Präsidentin von der Leyen.
([13]) *Our World in Data*.

4. **Zunahme der sozialen Unruhen**

4.1. Auf die Protestbewegungen, die mehrere Länder im Jahr 2019 erfasst hatten, wurden bisher noch keine umfassenden Antworten gefunden. Bestimmte Spannungen haben sich vielmehr verstärkt und werden sich aufgrund der steigenden Nahrungsmittelpreise weiter verschärfen. Die Bürgerinnen und Bürger sind verärgert und besorgt über die schlechte Qualität der Politik, die Korruption, die Vulnerabilität der Mittelschicht sowie die soziale Ausgrenzung und fehlende Sicherheit. Die sozialen Erwartungen der Bevölkerung, die im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts geweckt worden waren, wurden nicht erfüllt, was die Kluft zwischen Bürgern und Institutionen weiter vergrößert hat. Die Ergebnisse der Wahlen 2020-2022 in der Region zeigen eine Tendenz zum Wandel, die die gewählten Regierungschefs vor große Herausforderungen stellt.

4.2. Es handelt sich um eine der Weltregionen mit den größten Ungleichheiten. Zwischen 2019 und 2020 schrumpften die Schichten mit hohem und mit höherem mittlerem Einkommen um 1 %, während die Schichten mit mittlerem und mit unterem mittlerem Einkommen um 3,5 % zurückgingen; die Schichten mit niedrigem Einkommen (d. h. unterhalb des 1,8-Fachen der Armutsschwelle) wuchsen um 4,7 %; die in Armut bzw. extremer Armut lebenden Bevölkerungsgruppen nahmen um 3,3 % zu ([14]).

4.3. Zur Unzufriedenheit trägt auch die mangelnde Sicherheit bei, mit denen die lateinamerikanische Bevölkerung konfrontiert ist, insbesondere in Städten. Die Gewalt könnte sicherlich in Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität und dem illegalen Handel sowie der Unfähigkeit der Staaten stehen, diese Phänomene einzudämmen ([15]). Es geht aber nicht nur um Kriminalität: Es gibt auch soziale Gewalt im Zusammenhang mit extremer Armut, die öffentliche Maßnahmen zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit und Veränderungen bei der hochwertigen Bildung für alle erfordert, sowie politische Gewalt, bei der versucht wird, den Machterhalt durch die Diskreditierung des Gegners zu erreichen. Die äußerst besorgniserregende Gewalt gegen Gewerkschafter, Journalisten, Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten und Unternehmer hat während der Pandemie und der Protestzyklen ebenfalls weiter zugenommen.

4.4. Im Anschluss an die letzte EuroLat-Tagung, bei der die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der Mitarbeiter des Justizwesens hervorgehoben wurde, wäre eine Auswertung des Projekts COPLA (Corte Penal Latinoamericana y del Caribe) von Nutzen.

4.5. Eine strukturelle Herausforderung besteht in der Anfälligkeit für den Klimawandel: Die Region ist eine der am stärksten betroffenen Regionen, wobei die wirtschaftlichen Auswirkungen mit bis zu 85,852 Mrd. EUR pro Jahr beziffert werden. Dabei gilt es auch die sozialen Auswirkungen zu berücksichtigen, einschließlich der Ernährungsunsicherheit und der immer häufiger auftretenden Katastrophen.

4.6. Unsicherheit, Armut und die Präsenz autoritärer Regime haben zu erheblichen Migrationsbewegungen auf dem gesamten Kontinent geführt. Aus der Vulnerabilität im Rahmen dieser Migrations- und Asylprozesse resultiert eine humanitäre Krise, auf die noch keine hinreichende Antwort gefunden wurde und die einen regionale Ansatz erfordert.

4.7. Die Demokratien befinden sich in einer prekären Lage. Eliten, Parteien und Parlamente leiden unter einer Legitimitäts- und Vertrauenskrise. Hinzu kommen Korruption und starke politische Fragmentierung und Polarisierung, wodurch die kollektiven Beschlussfassungsprozesse und Verhandlungsverfahren nicht mehr ausreichend funktionieren ([16]). In der derzeitigen Situation der globalen Instabilität treten die Bedrohung durch Autoritarismus und die Notwendigkeit der Stärkung von Demokratien umso deutlicher zutage.

5. **Hin zu einem neuen Sozialpakt**

5.1. Trotz der Unzufriedenheit und des geringen Vertrauens in das System fordern die Bürgerinnen und Bürger auf der Straße und bei Wahlen politische Veränderungen. Junge Menschen und Frauen spielen bei diesen Mobilisierungsprozessen eine wichtige Rolle: Ihre Beteiligung am politischen Geschehen erweist sich als besonders wertvoll. Es ist unabdingbar, ein Modell des institutionalisierten sozialen Dialogs, wie es in Europa bereits existiert, zu fördern und die bestehende Zusammenarbeit mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Internationalen Vereinigung der Wirtschafts- und Sozialräte zu festigen.

5.2. Die Bürger müssen beim Wandel eine Schlüsselrolle übernehmen. Dabei müssen die Verfahren zur Anhörung und Beteiligung gestärkt sowie Zugänglichkeit und Schutz sichergestellt werden. Es ist notwendig, das Vertrauen durch die Entwicklung offener und inklusiver Maßnahmen wiederherzustellen, klare Kommunikationsstrategien zu schaffen und soziale Ausgleichssysteme bereitzustellen. Außerdem müssen die Rechenschaftspflicht und die Bewertung der politischen Maßnahmen und ihrer Auswirkungen gestärkt werden.

([14]) ECLAC (2021), a.a.O.
([15]) UNODC (2019): *Global Study on Homicide*.
([16]) IDEA Int.(2021): *The State of Democracy in the Americas 2021*.

5.3. Ein neuer Sozialvertrag kann mit folgenden Mitteln erreicht werden: bereichsübergreifende Vereinbarungen zwischen den sozioökonomischen Gruppen, zwischen den Gebieten und zwischen den Generationen; Förderung von Wirtschaftsstrategien, die hochwertige Arbeitsplätze schaffen; Förderung des ökologischen und des digitalen Wandels. Außerdem sind umfassende und wirksame Sozialschutzsysteme und ein nachhaltigeres Modell zur Finanzierung der Entwicklung erforderlich. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Rechte geachtet werden, es angemessene Arbeitsplätze mit existenzsichernden Arbeitsentgelten und Tarifverhandlungen gibt, der Sozialschutz universell ist und der soziale Dialog gerechte Übergangsmaßnahmen in den Bereichen Klima und Technologie gewährleistet.

5.4. Dieser Sozialpakt erfordert eine stabile und finanziell tragfähige öffentliche Ausgabenpolitik. Kurzfristig sind internationale Kooperationsmaßnahmen, die Erhöhung und Kanalisierung des Geldflusses in Länder mit mittlerem Einkommen sowie der Schuldenerlass für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen wichtig. Dies trägt zur Erhöhung der öffentlichen Einnahmen durch eine effizientere Steuererhebung bei. Mittelfristig muss die progressive und wirksame Besteuerung verstärkt werden, um die Fixkosten einer aktiven Sozialpolitik zu decken. Ebenso wird ein internationaler Konsens zur Umstrukturierung von Staatsschulden erforderlich sein. Langfristig muss die Rolle der digitalen Besteuerung und Steuererhebung sowie der ökologischen Besteuerung gestärkt werden. Internationale Zusammenarbeit ist auch erforderlich, um die Fälle von Steuerhinterziehung und -umgehung zu verringern ([17]).

5.5. Entscheidend ist dabei die Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft in der Region angesichts ihrer wichtigen Rolle bei der Entwicklung eines inklusiven und resilienten Produktions- und Beschäftigungssystems, wozu es fairer Märkte und Vertriebskanäle bedarf ([18]). Die Rolle der internen Beratungsgruppen bei der Überwachung der Umsetzung der Freihandelsabkommen muss anerkannt und gestärkt werden ([19]).

6. **Allianz mit der Europäischen Union**

6.1. Im Rahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit wird anerkannt, dass über die Nord-Süd-Paradigmen und die Bereitstellung öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) hinaus neue Modalitäten umgesetzt und neue Formen der Partnerschaft mit mehreren Akteuren und auf mehreren Ebenen eingeführt werden müssen ([20]). Das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit trägt der Notwendigkeit Rechnung, die Flexibilität bei der geografischen und thematischen Zuweisung der Mittel zu verbessern und globale Herausforderungen und den Fahrplan für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele anzugehen. Ziel der Strategie „Global Gateway“ ist es, die Welt in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr auf intelligente, saubere und sichere Weise zu vernetzen und die Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssysteme zu stärken. Mit diesen Änderungen soll die EU mit den Ressourcen und Instrumenten ausgestattet werden, die sie benötigt, um ihre Werte und Interessen in einem komplexeren, konfliktreicheren und stärker vernetzten internationalen Umfeld in Einklang zu bringen.

6.2. Um die Strategien zu verzahnen, wurde die Initiative „Team Europa“ ins Leben gerufen, die die Anstrengungen der europäischen Institutionen, der Mitgliedstaaten und ihrer Durchführungsstellen gemeinsam mit den Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen aufeinander abstimmen soll.

6.3. Im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit wurden Anstrengungen unternommen, um die ausschließlich auf dem Pro-Kopf-Einkommen basierenden Einteilungen zu überwinden. Auch wurde das Konzept der „Entwicklung im Wandel“ übernommen, das besser auf die Bedürfnisse der Region zugeschnitten ist. Hier besteht jedoch weiterhin die Herausforderung, den Dialog zu verbessern und die Stärke der Beziehungen und ihre Vorteile besser zu kommunizieren.

6.4. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt, zu dem es viele sehr ernstzunehmende Herausforderungen auf globaler, regionaler und nationaler Ebene zu bewältigen gilt, Europa und Lateinamerika ideale Partner in einem Bündnis für die Verteidigung der Demokratie sowie für gerechtere und egalitärere Volkswirtschaften und Gesellschaften sein könnten, das den Multilateralismus stärkt und dem Umweltschutz umfassend Rechnung trägt. Es muss auch betont werden, dass ein solches Bündnis ohne die uneingeschränkte Anerkennung und Beteiligung der zivilgesellschaftlichen, Menschenrechts-, Gewerkschafts-, Unternehmens- und Umweltorganisationen usw. nicht praktikabel ist.

([17]) ECLAC (2021): *Fiscal Panorama of Latin America and the Caribbean 2021*.

([18]) Europäische Kommission (2021): Europäischer Aktionsplan für die Sozialwirtschaft.

([19]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Nachhaltige Lieferketten und menschenwürdige Arbeit im internationalen Handel“ (Sondierungsstellungnahme) (ABL. C 429 vom 11.12.2020, S. 197); Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Ein neuer Rahmen für Freihandels-, Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsabkommen zur Sicherung einer echten Beteiligung der Organisationen der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner und einer umfassenden Information der Öffentlichkeit“ (Initiativstellungnahme) (ABl. C 290 vom 29.7.2022, S. 11).

([20]) Sanahuja, J. A. und Ruiz Sandoval, E. (2019): *La Unión Europea y la Agenda 2030 en América Latina: políticas de cooperación en una región de „desarrollo en transición“*, Fundación Carolina; Neuer Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik 2017; Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027, 2018.

7. **Unterstützung der Erholung mithilfe der Zivilgesellschaft**

7.1. Im Jahr 2020 gab es strukturelle Änderungen bei der Herkunft ausländischer Direktinvestitionen. Bis 2019 waren europäische Unternehmen die wichtigsten Investoren in der Region und sorgten für 55 % der ausländischen Direktinvestitionen. Im Jahr 2020 gingen die europäischen Investitionen um 49 % und die intraregionalen Investitionen um 35 % zurück, die US-amerikanischen Investitionen dagegen nur um 4 % ([21]), und die chinesischen Investitionen nahmen sogar zu.

7.2. Europas Krisenbewältigungsstrategie beruht auf der Verbesserung seines Wirtschaftsmodells durch den europäischen Grünen Deal und die NextGenerationEU-Mittel. Diese Aspekte sind von zentraler Bedeutung für die biregionale Strategie. Die Schaffung von Instrumenten zur Förderung der Energiewende, der Digitalisierung sowie des ökologischen und sozialen Wandels wird für beide Regionen von großem Vorteil sein.

7.3. Es ist unerlässlich, die Handelsbeziehungen Europas durch bereits unterzeichnete Abkommen oder die Abkommen mit dem Mercosur, Chile und Mexiko auszubauen. Diese Abkommen stärken nicht nur den Handel, sondern können auch die Qualität der Beschäftigung und ihre soziale Funktion, den Technologietransfer und den Übergang zur Nachhaltigkeit verbessern. Es sollte also eine Handelspartnerschaft gefördert werden, die sich in puncto langfristige Qualität und Nachhaltigkeit wie auch in puncto Rentabilität von anderen durch Verdrängung und fehlende Verantwortung gekennzeichneten Modellen internationaler Beziehungen unterscheidet. Die Handelsabkommen müssen sich jedoch auf die Menschen und ihre Grundrechte, die menschenwürdige Arbeit und die Solidarität mit den Schwächsten, die Achtung der Umwelt und die Verteidigung der Demokratie konzentrieren und die Möglichkeit umfassen, die Rechte wirksam durchzusetzen. Die wichtigsten Aspekte lauten:

7.4. Anziehung von Investitionen, die zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele beitragen, einschließlich eines förderlichen multilateralen Regelungsrahmens, der auf die Lebensqualität der Menschen, ihre Rechte, angemessene Beschäftigung, Inklusion, Nachhaltigkeit und die Verteidigung der Demokratie ausgerichtet ist. Eine intensivere Zusammenarbeit bei Projekten und eine positive Umsetzung des europäischen „Strategischen Kompasses“ wären der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele ebenfalls zuträglich.

7.4.1. Digitalisierung als Chance für Entwicklung. Lateinamerika hat einen mittleren Entwicklungsstand in Bezug auf die Digitalisierung, aber seine Wachstumsrate ist die niedrigste unter den Schwellenländern. Im Bereich der Digitalisierung gibt es die Digitalallianz EU-LAK in Verbindung mit dem atlantischen Glasfaserkabel (EllaLink) und zugleich die EU-Konnektivitätsstrategie „Global Gateway“. Die Digitalisierungsprozesse müssen entschlossen unterstützt werden, um ihre soziale Dimension und die Stärkung von Unternehmen zu fördern.

7.4.2. Förderung der formellen Wirtschaft und Prävention informeller Beschäftigungsverhältnisse ([22]). Multilaterale Abkommen enthalten spezifische Klauseln, die die Einhaltung der IAO-Übereinkommen sowie die Gewährleistung von Rechten, die Verhinderung von Kinderarbeit und die Stärkung der Arbeitsaufsicht erfordern. Diese Klauseln wirken sich positiv auf den Kapazitätsaufbau in den Andenstaaten aus, mit denen Abkommen unterzeichnet wurden ([23]).

7.4.3. Direkte Unterstützung für eine bessere, anspruchsvollere und weiterreichende Bildung auf allen Ebenen und für stärkere Bildungs- und Wissenschaftsnetze mit Europa. Das Programm Erasmus Mundus ist ein Aktivposten, der zur Vernetzung der Hochschulen noch mehr genutzt werden sollte.

7.4.4. Die EU hat 2021 einen Prozess zur Überprüfung ihrer Handelspolitik und zur Stärkung ihres Ansatzes für Handel und nachhaltige Entwicklung eingeleitet. Sie hat bekräftigt, dass sie eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik anstrebt, bei der gleichzeitig der Aspekt der nachhaltigen Entwicklung durchgängig berücksichtigt wird. Dabei muss die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Produktionssektoren und der (großen, mittleren und kleinen) Wirtschaftsakteure Hand in Hand mit der Förderung von Werten und Grundsätzen einhergehen, wie etwa Demokratie und

([21]) ECLAC (2021): *Foreign Direct Investment in Latin America and the Caribbean*.

([22]) Siehe: Europäischer Entwicklungskonsens (2006); Mitteilung der Kommission zur Förderung der menschenwürdigen Arbeit für alle (2006); Agenda für den Wandel, Europäische Kommission (2011); Neuer Europäischer Entwicklungskonsens (2017); Arbeitsdokument über die Förderung der menschenwürdigen Arbeit in der Welt — Verantwortungsvolle globale Wertschöpfungsketten für eine faire, nachhaltige und stabile Erholung von der COVID-19-Krise, Europäische Kommission (2020); Europäische Kommission (2020); Neues Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit der Europäischen Union (2020).

([23]) Fairlie Reinoso, A. (2022): *Nuevos retos para el Acuerdo Comercial Multipartes de la Unión Europea con Perú, Colombia y Ecuador*; Fundación Carolina-EULAC.

sämtlichen Menschen-, Kultur-, Gleichstellungs-, Umwelt-, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Die organisierten Zivilgesellschaften der beider Regionen sollten sich aktiv beteiligen und so ihre Beziehungen durch virtuelle und/oder persönliche thematische Treffen stärken, einschließlich eines ehrgeizigeren Zeit- und Umsetzungsplans.

7.4.5. Die EU ist bestrebt, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und bei den weltweiten Anstrengungen zum Schutz und zur ökologischen Erholung des Planeten eine Führungsrolle zu übernehmen ([24]). Die Förderung dieser Ziele in der europäischen Handelspolitik im Hinblick auf eine ehrgeizigere Zusammenarbeit im Umweltbereich ([25]) ist wichtig für die Handelsbeziehungen mit Lateinamerika und für die Stärkung einer Zivilgesellschaft, die zahlreichen Bedrohungen ausgesetzt ist, etwa die Anfälligkeit für Auswirkungen des Klimawandels oder die Konfrontation mit gewalttätigen Akteuren. Es ist von entscheidender Bedeutung, diese Personen sowie Menschrechtsaktivisten, Gewerkschafter und Journalisten zu schützen und die lateinamerikanischen Regierungen aufzufordern, sich für die Gewährleistung ihrer Sicherheit einzusetzen.

7.4.6. Die Initiative „Team Europa" fördert Anstrengungen zur Bekämpfung der Entwaldung im Amazonasgebiet. In der neuen Phase des Programms EUROCLIMA+ werden 140 Mio. EUR zur Unterstützung der Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris bereitgestellt. Lateinamerika hat jedoch nur 15 % der fiskalischen Investitionen in die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie gelenkt, davon weniger als 6,9 % für einen grünen Aufschwung. Es ist unerlässlich, die Region zu unterstützen, um grüne Steuern, öffentliche Ausgaben und private Investitionen zu generieren. Außerdem erscheint ein stärkeres Bündnis wünschenswert, um die verantwortungsvolle Bewirtschaftung strategischer Rohstoffe und einen nachhaltigen Technologietransfer auf der Grundlage europäischer Erfahrungen und Kenntnisse zu gewährleisten.

7.4.7. Im Zuge der EU-Partnerschaft mit Lateinamerika muss das Abkommen mit dem Mercosur erreicht werden. Es handelt sich um einen gemeinsamen Markt mit 780 Mio. Verbrauchern, der das BIP Brasiliens um 1,5 % und das BIP Paraguays um bis zu 10 % steigern könnte. Umweltschutzaspekte müssen den Weg zu biregionalen Partnerschaften der neuen Generation ebnen. Bei der Suche nach tragfähigen Systemen sollten Fortschritte erreicht und Umweltschutzzertifikate für einige Produkte und Spiegelklauseln vorgesehen werden. Wenn die EU diese Aspekte erfolgreich berücksichtigt, wird sie ihre Vision der globalen Entwicklung und ihr strategisches Potenzial maßgeblich stärken.

Brüssel, den 15. Dezember 2022

Die Präsidentin
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Christa SCHWENG

([24]) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der europäische Grüne Deal (COM(2019) 640 final).

([25]) Giles Carnero, R. (2021): *La oportunidad de una cláusula ambiental de elementos esenciales en acuerdos comerciales de la Unión Europea con Estados terceros: a propósito del Acuerdo Unión Europea-Mercosur*; Fundación Carolina DT. 44.